

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

8.3.1930 (No. 58)

der Weigerung Dr. Schachts, die Verantwortung für das Schlußprotokoll der Haager Konferenz zu übernehmen.

Das ist zweifellos einer der Beweggründe für Herrn Schacht gewesen. Wahrscheinlich wollte er aber überhaupt durch seinen Rücktritt die Situation in Berlin zur Krisis treiben. Er ist offenbar der Ansicht, daß ohne eine solche Krisis doch keine Gesundung möglich ist. Wie gemeldet wird, soll er die Absicht haben, sich in Zukunft mehr der Politik zu widmen.

Die Verkoppelung seiner Tätigkeit als Reichsbankpräsident — einer Tätigkeit, die ja an und für sich eine gewisse kühle Reserve in politischer Beziehung erfordert — und seiner Tätigkeit als Politiker hatte ja schon in den letzten Monaten zu manchen Unzuträglichkeiten geführt. Fraglich ist nur, ob der Generalrat der Reichsbank den Rücktritt Dr. Schachts genehmigen wird. Es wäre gar nicht so ausgeschlossen, daß der Generalrat Dr. Schacht von neuem zum Reichsbankpräsidenten wählt. Interessant ist, daß die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei in einem offiziellen Schreiben Dr. Schacht beidrücken hat, angesichts der äußerst bedrohlichen Lage unserer Wirtschaft auf seinem Posten zu verbleiben.

Wie man die Dinge auch beurteilt mag: eines ist klar, daß auch der Fall Schacht zu einer Lösung drängt, mag diese Lösung nun so aussehen, daß Herr Schacht noch größeren Einfluß bekommt, oder mag sie so aussehen, daß er mit seinen politischen Anschauungen und Forderungen mehr in den Hintergrund geschoben wird.

Noch selten waren die Verhältnisse in Berlin so verworren und so ungeklärt wie jetzt. Das Gespenst der Wirtschaftskrisis geistert eben über der politischen Bühne. Und keine Partei und keine Veranschaulichung kann sich der Einwirkung dieses Gespenstes ganz entziehen. Bekannt muß es werden! Darüber sind sich wohl alle Teile unseres Volkes einig. Gestritten wird nur über die Methode. Und da ist dann das Urteil über alle die Entwicklungsmomente, die die heutige Wirtschaftskrisis verschuldet haben, von entscheidender Bedeutung. Ist man in diesem Betracht erst einmal zu einer festen Überzeugung gelangt, dann wäre es zu viel verlangt, wenn man Methoden gutheißen wollte, die alte Fehler verewigen. Ein Segen wäre es, wenn erst einmal die Young-Geetze hinter uns lägen. Dann kann man in größerer Ruhe an die Vereinigung des großen wirtschaftspolitischen Problems herangehen. Am besten wäre es, wenn dieses Problem von der jetzt regierenden Koalition gelöst werden könnte, und zwar in einem Sinne gelöst werden könnte, der wirklich unserer Wirtschaft auf die Beine hilft! Von allen Koalitionen empfiehlt sich die jetzt regierende Große Koalition naturgemäß ganz besonders. Und deshalb sollte man all die Versuche, die jetzt in Berlin gemacht werden, um diese Koalition am Leben zu erhalten, verständnisvoll würdigen. Niemand der Beteiligten wird sich leichtfertig von der Koalition loslösen, zumal das, was dann kommen soll, in jeder Hinsicht überaus ungewiß ist.

Badisches Landestheater Der Waffenschmied

Die vom Publikum bereits oft genug reklamierte Loreng-Oper scheint auch bei den angelegten Wiederholungen ihre alte Anziehungskraft nicht zu verlieren. So war das Haus gleich bei der ersten der Neueinstudierung nachfolgenden Aufführung sehr gut besucht und der Beifall abermals recht herzlich. Und dies, obwohl der Gesamteindruck lange nicht mehr so zwingend war wie vor 14 Tagen; allerdings lagen fünf Abende anstrengenden Faschingsabends dazwischen, und außerdem bedeutete die Umbedeutung des Adelshof für diese zweite Vorstellung von vornherein keinen so sicheren Posten. Immerhin, wie sich Victor Goppich als schwäbischer Ritter langsam in die Gunst des Publikums schlich, wie er sich anfänglich leise heranzupirte und auf einmal doch seine Leute gefangen nahm, an solcher Verhaltensweise und schließlich theaterwirksamem Ausdruck merkte man gleichwohl einen bereitwilligen in seiner Rolle ausgehenden Vertreter. Nur sollte er noch deutlicher sprechen lernen, um ebenso erfolgreicher wie sein Vorgänger zu werden, und um das vorzüglich bereitstehende Ensemble — darüber haben wir erst neulich gesprochen — nach dieser Seite ebenfalls vollwertig zu ergänzen. S. Sch.

Wissenschaftliche Auszeichnung. Dem Direktor des Institutes für experimentelle Krebsforschung in Heidelberg, Prof. Dr. Hans Sachs, und dem Direktor des Serologischen Instituts und der Lungenheilstätte in Ambros, Dr. med. Ernst Meinide, wurde — wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird — für ihre serologischen Forschungen, im besonderen auf dem Gebiete der Syphilisdiagnostik, der Ludwig-Darmstädter-Preis mit der „Paul-Gehlich-Plakette“ vom Vorstand der Stiftung „Georg-Spener-Haus“ verliehen.

Die 900-Jahr-Feier des Doms zu Speyer. Die Kreisstadt der Pfalz steht in diesem Sommer ganz im Zeichen ihres altherwürdigen Wahrzeichens, des Kaiserdoms zu Speyer. Anlässlich des 900. Jubeltages sind für Speyer bedeutende kirchliche Feierlichkeiten geplant, die in ihrem Höhepunkt die Tage der Zulimite beherrschen werden. Das Jahr über ist Speyer Tagungsort zahlreicher katholischer Verbände und Organisationen nicht nur des engeren Bezirkes der Pfalz bzw. Bayerns, sondern aus dem ganzen Reich. Eine geschmackvolle Programmfolge ergänzt die bereits gemeldeten

Starker Besuch der deutschen Theateraufführungen in Straßburg. Die Bedeutung des deutschen Theaters für Elsaß-Lothringen wird neu beleuchtet durch neue statische Aufstellungen für Straßburg, wo man sich bekanntlich stark für die Erweiterung des Kreises deutscher Aufführungen eingesetzt hat. In Straßburg trug der „Ely“ zufolge, der Durchschnittsbefuch der deutschsprachigen Aufführungen im Dezember 82,8 Prozent, im Januar 92,3 Prozent der überhaupt verfügbaren Plätze. Die französischen Vorstellungen, deren literarischer Wert und deren Besuch sehr ungleich war, erreichten dagegen nur einen Durchschnitt von 55,3 und 58,6 Proz. Das Bedürfnis nach deutschen Vorstellungen erweist sich also auch im zwölften Jahre französischer Assimilationspolitik als viel stärker als das nach französischen.

Die zweite Lesung der Young-Gesetze

Der Reichsfinanzminister zum Rücktritt Schachts

Im Reichstag nahm am Freitag bei Fortsetzung der Aussprache über die Young-Gesetze Reichsfinanzminister Dr. Rolbenhauer das Wort, um den finanzpolitischen Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Reichert entgegenzutreten. Zurufe von rechts und von der äußersten Linken gaben ihm Gelegenheit, zu dem Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht von seinem Posten Stellung zu nehmen.

Der Minister erklärte, die unabhängige Stellung der Reichsbank und des Reichsbankpräsidenten sei von der Reichsregierung in keiner Weise beeinträchtigt worden. An dieser Unabhängigkeit hätten auch die politischen Meinungsverschiedenheiten nichts geändert, die in aller Öffentlichkeit zwischen dem Reichsbankpräsidenten und den Regierungsstellen ausgetragen wurden. Dr. Rolbenhauer sagte, er habe schon im Haag den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, zu dem er persönlich in freundschaftlichen Beziehungen stehe, gebeten, von seinem Rücktrittsabstand zu nehmen. Er halte nämlich Dr. Schacht für einen durchaus geeigneten Reichsbankpräsidenten, wenn er auch seine politischen Fähigkeiten anders beurteile. Der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten sei keineswegs unter irgendeinem Druck der Reichsregierung erfolgt. Dr. Schacht habe einfach die Konsequenz daraus gezogen, daß er in eine politische Rolle gedrängt wurde, die ihn in Konflikt mit seiner amtlichen Stellung brachte. Die Stabilität der deutschen Währung werde auch unter dem Youngplan gestärkt durch die Unabhängigkeit der Reichsbank, an der die Reichsregierung auch unter dem Nachfolger von Dr. Schacht nicht rütteln werde. Bei dieser Gelegenheit bezeichnete Dr. Rolbenhauer auch das Gerücht als unzutreffend, daß Dr. Schacht bei seinem Rücktritt eine Millionenaufbindung erhalten werde. Dr. Schacht habe ihn zu der Erklärung ermächtigt, daß er nicht eine Aufbindung, sondern lediglich eine Pension von 30 000 M im Falle seines Rücktritts erhalten werde. Die aus den Reihen der Kommunisten in einem Zwischenruf gestellte Frage, ob die Pension etwa 30 000 M pro Monat betragen würde, ließ der Minister unbeantwortet; aber nach der Form seiner Mitteilung hat Dr. Schacht zweifellos von 30 000 M Jahrespension gesprochen.

Aus dem Lager der Regierungsparteien sprachen am Freitag Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei. Aus den Reden ergab sich, daß ein Teil der Fraktion der Deutschen Volkspartei gegen die Liquidationsabkommen stimmen will. Die Bayerische Volkspartei will erst die zum Beginn der dritten Lesung angekündigte Reichstagsrede abwarten, ehe sie ihre Bedenken gegen den Youngplan zurückt. Im übrigen macht sie ebenso wie das Zentrum ihre endgültige Entscheidung davon abhängig, daß vor der Verabschiedung der Young-Gesetze das Problem der Sanierung der Reichsfinanzen befriedigend gelöst ist.

Nachdem die Abgeordneten v. Spieß (C.Nat.), Föder (N.E.) und Meyer (Dann.) ihre ablehnende Stellung zum Youngplan begründet hatten, wurde die Sitzung auf heute, Samstag, verlagert.

Die zweite Beratung der Young-Gesetze wurde heute, Samstag, vormittag, fortgesetzt.

Zunächst sprach der deutschnationalen Abgeordnete Bang: Der Rücktritt Schachts bedeute nicht nur einen Sturz der Börsenkurse, sondern auch einen Kurssturz der Regierung. Wir bedauern nur, daß Schacht nicht schon in Paris zurückgetreten ist. Die Regierung verfähre aber nach dem Grundsatz: „Nach uns die Sintflut“. Abg. Dr. Schetter (Zentr.) wandte sich bei Besprechung der Liquidationsabkommen gegen die Haltung der englischen Arbeiterregierung, die unter Führung des Schatzkanzlers ihre Macht dahin ausnützte, daß 40 Prozent des in England liquidierten deutschen Eigentums für uns verloren ging. Abg. Dr. Schnee (D. Vp.) erklärte, er gehöre zu denjenigen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, die gegen die Liquidationsgesetze stimmen werden. Die seit 1814 völkerrechtliche anerkannte Heiligkeit des Privateigentums sei in schämmender Weise verletzt worden, und zwar mehrere Jahre nach Friedensschluß. Schacht habe mit vollem Recht als deutscher Sachverständiger in Paris gefordert, daß Deutschland wieder Kolonien als eigene Rohstoffbasis erhalte. Abg. Luft (Sozdem.) tritt für das deutsch-polnische Liquidationsabkommen ein, das trotz aller Mängel doch der deutschen Bevölkerung im Osten Vorteile bringe.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu hitzigen Szenen. Der deutschnationalen Abgeordnete Quast erhielt zwei Ordnungsrufe und wurde schließlich vom Präsidenten aus dem Saal verwiesen.

Kurze Nachrichten

Der Volkstrauertag. Das Reichskabinett beschloß, sich an der vom „Volkbund deutscher Kriegergedächtnisfürsorge“ am 16. März, 12 Uhr, im Reichstag stattfindenden Gedenksitzung für die Gefallenen des Weltkrieges unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß die Veranstaltung einen überparteilichen Charakter trägt.

Mittelmeerreise eines deutschen Geschwaders. Der Haushaltsausschuß des Reichstages genehmigte gegen die Stimmen der Kommunisten im Vorgriff auf den Etat für 1930 die Summe von 218 250 M für die Mittelmeerreise einer Flotte, bestehend aus vier Linien Schiffen, einem Kreuzer und 19 Torpedobooten.

Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung. Der Reichsarbeitsminister hat das Vorstandsmitglied des Deutschen Bausewerkbundes, Herrn Peter Rosenzweig, an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Druegemüller zum stellv. Mitglied des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestellt.

Aenderung im Direktorium des Westpostvereins. Der Vize-Direktor des Büros des Westpostvereins, Dr. Ernst Kottner von Karlsruhe, der seit längerer Zeit krank ist, ist, wie aus Bern gemeldet wird, vom schweizerischen Bundesrat auf den 1. April 1930 in den Ruhestand versetzt worden. Auf den gleichen Zeitpunkt ist als sein Nachfolger Wilhelm Trief vom Reichspostministerium gewählt worden.

Annahme der Haager Abkommen in Österreich. Der österreichische Bundesrat genehmigte am Freitag einstimmig das Haager Abkommen samt den damit zusammenhängenden Abereinkommen mit Belgien und Polen, sowie den Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag mit Italien.

Niederlagen Lardicus. Die neue französische Regierung Lardicus ist am Donnerstag und Freitag bei drei Abstimmungen in der Kammer in der Minorität geblieben, wobei es sich allerdings nicht um Vertrauensfragen handelte. Es ist bezeichnend, daß die Regierung trotz der starken Mehrheit, die sie in der Sitzung vom Mittwoch erhalten hat, es nicht mehr wagt, in Fragen der Steuer- und Finanzpolitik die Vertrauensfrage zu stellen. Sie wird deshalb bereits in dem linksstehenden „Soir“ stark ironisiert.

Aus den Ländern

Das Dürren- und Zubäckerwesen

Auf eine kleine Anfrage im Württembergischen Landtag gegen die Zunahme des Dürren- und Zubäckerwesens in Stuttgart, wurde von der Regierung geantwortet, daß die in der kleinen Anfrage erwähnten Missetaten nicht zu bestreiten sind. Sie hängen mit der bekannten Ausdehnung des Strafgesetzbuches durch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1917 zusammen, wonach die Kasernierung der Dürren verboten und die gewerbsmäßige Unzucht als solche nicht mehr unter Strafe gestellt ist. Die Bekämpfung des Dürrenwesens ist den zuständigen Behörden ein Gegenstand ernstlicher Sorge.

Kürzung der heffischen Abgeordnetenlisten

Im Finanzausschuß des Hessischen Landtags beschloß der Ausschuß die Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten zu kürzen. Die Kürzung beträgt bei Gruppe 1 (in Darmstadt wohnende Abgeordnete) ein Sechstel, bei Gruppe 2 (Abgeordnete, die an einem Tag hin- und rückreisen können) ein Achtel und bei Gruppe 3 (Abgeordnete, die bei Tagungen jeweils übernachtet müssen) ein Zehntel. Die Diäten betragen bisher 150, 200 und 250 M monatlich. Außerdem werden die Tagesgelder der Ausschußmitglieder um ein Sechstel gekürzt. Die Ersparnis beträgt 20 000 M. Der Dispositionsfonds des Gesamtministeriums wurde um 5000 M gekürzt.

Keine parlamentarischen Veranstaltungen mehr in Hessen

Angesichts der Notlage der gesamten Bevölkerungsjahres hat der heffische Staatspräsident beschlossen, von dem bisherigen Gebrauch der parlamentarischen Abende und sonstigen parlamentarischen Veranstaltungen, Abstand zu nehmen. Der hierfür vorgesehene Betrag soll Zweck der Wohltätigkeit dienstbar gemacht werden.

Spaltung in der englischen Reichspartei
Rothermere und Beaverbrook

W.D. London, 8. März. (Tel.) In der kürzlich von dem Zeitungs magnaten Lord Beaverbrook gegründeten „Partei des vereinigten Reiches“ ist eine Spaltung eingetreten, die in einem Brief des Lord Rothermere an Lord Beaverbrook zum Ausdruck kommt.

Lord Rothermere, der sich der Bewegung nachträglich angeschlossen hat, sagt, daß bisher nur eines der Ziele der neuen Partei erreicht worden sei. Es müsse jetzt auf vier weitere wichtige Ziele hingearbeitet werden, nämlich: 1. sofortige Einführung hoher Einfuhrzölle auf alle Fertigfabrikate und angemessene Subventionen für die Landwirtschaft, 2. rücksichtslose Sparmaßnahme bei den öffentlichen Ausgaben, 3. keine weitere Nachgiebigkeit in Indien, 4. keine diplomatischen Beziehungen mit Rußland.

Lord Beaverbrook hat hierauf geantwortet: „Die Partei des vereinigten Reiches“ sei ausschließlich gegründet worden, um auf Freihandel innerhalb des britischen Reiches hinzuwirken und die von Rothermere bezeichneten Ziele bedeuten ein völliges Abweichen von diesem Programm. Er sei mit der Erweiterung des Parteiprogramms nicht einverstanden und überlasse es Lord Rothermere, sein eigenes politisches Programm aufzustellen.

Wiederaufnahme des Bürgerkriegs in China

W.D. London, 8. März. (Tel.) „Times“ meldet aus Hongkong: Kuangstuppen, die sich im Aufstande gegen die Nanjingregierung befinden, haben überraschend Linshau und Bakhoi besetzt. Der Bürgerkrieg ist also wieder im Gange.

Verwendung von Spareinlagen

zu Darlehen an Städte

Auf Grund der Meldung, daß ein Ausschuß des Deutschen Städtebundes beschloß, daß künftig 50 Proz. der neuen Spareinlagen zu Darlehen an Städte verwandt werden sollen, insbesondere zur Umwandlung kurzfristiger Anleihen in langfristige Kommunalanleihen, wurde in einer kleinen Anfrage der deutschnationalen Volkspartei das preussische Staatsministerium gefragt, ob es das Vorgehen des Städtebundes billige. Der Innenminister hat geantwortet:

„Das Vorgehen des Deutschen Städtebundes bezweckt, bestehende kurzfristige Schulden nicht nur der Städte, sondern auch der übrigen Gemeinden und Gemeindeverbände in langfristige Verbindlichkeiten umzuwandeln; diese im Interesse einer Beruhigung und Festigung des Geldmarktes durchsuchte erwünschte Aktion werde von den übrigen kommunalen Spitzenverbänden unterstützt und könne auch seitens des Staatsministeriums nur auf das lechteste begrüßt werden. Die Anlage von Spareinlagen in Kommunalcrediten sei eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Sparkassen.“

Die Hochwasserkatastrophe in Südrussland

In den Departements Tarn und Garonne zeigt sich, je mehr das Wasser fällt, ein immer entsetzlicheres Bild der Katastrophe. Der Verlust an Menschenleben soll ungeheuer sein; die Zahl 300 allein in diesen beiden Departements dürfte weit überschritten werden. Bei Montauban ist besonders viel Vieh angetrieben worden; insgesamt wurden bisher über 3000 Tierkadaver gezählt.

Der deutsche Vorkämpfer in Paris, v. Sösch, hat der französischen Regierung im Namen der deutschen Regierung das Beileid zum Ausdruck gebracht.

Ministerpräsident Tardieu hat an den deutschen Vorkämpfer ein Schreiben gerichtet, in dem er der Reichsregierung den Dank dafür zu übermitteln bittet.

Schwerer Erdstoß im Panamakanal

W.D. Colon, 8. März. (Tel.) Der gesamte Kanal von Panama ist gegen 10.40 Uhr nachts durch einen 45 Sekunden anhaltenden Erdstoß erschüttert worden, wie er in dieser Stärke seit 1914 nicht mehr aufgetreten ist. Der Panamakanal ist nach Auskunft der zuständigen Stellen durch den Erdstoß nicht in Mitleidenschaft gezogen. Auch sonst liegen keine Meldungen über Sachschäden vor, jedoch entstand eine beträchtliche Panik unter der Bevölkerung, die durch die starke Bewegung der Häuser aus dem Schlaf geweckt wurde und ins Freie flüchtete.

In einem Berliner Hotel hat sich der Wiener Großindustrielle, Oskar Körner von Mauer, vergiftet. Finanzielle Schwierigkeiten haben ihn dazu getrieben. Körner stammt ursprünglich aus der Holzindustrie und kam dann ins Bankgeschäft. Er erwarb die Majorität der Depositenbank und wurde eine der Größen der Wiener Bankwelt. In der letzten Zeit war es zu Mißverständnissen zwischen ihm und Schweizer Finanziers gekommen, die ihre Kredite zurückzogen.

Ein in Karney am Passaic-River, westlich von New Jersey bei New York liegender Landdampfer der Pure Oil Co., ist in Brand geraten, und nach einer schweren Explosion gesunken. Drei Mann der Besatzung werden vermisst. Das lodernde Brand trieb in die belebte Schiffsfabrikstraße der Newark-Bay hinein, wo es andere Fahrzeuge erheblich gefährdete, namentlich da sich das brennende Öl über die Wasseroberfläche ausbreitete.

Verkehrs- und Finanzlage der Reichspost

Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost gab am Donnerstag Reichspostminister Dr. Schägel einen Überblick über den Beschäftigungsgrad und die finanzielle Lage der Reichspost.

In den ersten neun Monaten des laufenden Rechnungsjahres sei in fast allen Betriebszweigen eine Verkehrssteigerung eingetreten, die jedoch hinter der vorjährigen zurückbleibe, so daß das Gesamtergebnis dem veranschlagten Einnahmesoll leider nicht ganz entspreche. Die Finanzlage der Reichspost sei zur Zeit gespannt. Trotzdem konnte die Postverwaltung bisher davon absehen, ihre Aufträge an die Wirtschaft in wesentlichen Umfang einzuschränken. Der Gesamtumsatz 1930/31 sieht für Sachausgaben, also für Aufträge an die Wirtschaft, im ganzen 400 Millionen Reichsmark vor. Das ist nicht viel weniger als im Vorjahre.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu einer Kundgebung des Verwaltungsrats für den früheren Reichspostminister Dr. Stingl. Der Berichterstatter, General Dr. Boden, gab eine mit lauten Beifall aufgenommene Erklärung ab, die dem Behauern darüber Ausdruck verlieh, daß Dr. Stingl den bekannnten Angriffen ausgesetzt worden sei, deren völlige Grundlosigkeit feststehe. Ich glaube — so sagte General Dr. Boden u. a. —, daß wir, die wir in allen den Jahren den Herrn Minister Stingl in seiner Gradsheit und Ehrerbietung kennen lernen konnten, von vornherein davon überzeugt waren, daß durch diese Vorwürfe auch nicht der Anschein einer unrichtigen Handlung seinerseits hervorgerufen werden ist.

Der Berichterstatter, der für das Rechnungsjahr 1930 in Einnahmen und Ausgaben mit insgesamt 2340 Millionen Reichsmark balanciert, wurde genehmigt. Der Steigerungssatz der Einnahmen im Jahre 1929 betrug 2 1/2 Proz., während er in den Vorjahren durchschnittlich eine Höhe von 4 1/2 Proz. erreicht hatte.

Badischer Teil

Zum Rücktritt des Ministerialdirektors Föhrenbach

Wie bereits im Staatsanzeiger amtlich gemeldet wurde, ist der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Friedrich Föhrenbach, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden.

Ministerialdirektor Föhrenbach ist 1873 in Freiburg geboren. Er begann seine Laufbahn im Staatsdienst 1894 als Rechtspraktikant, wurde 1899 Referendar, 1902 Sekretär im Ministerium des Innern. 1903 wurde er zum Amtmann ernannt. Als solcher kam er 1904 zum Bezirksamt Karlsruhe und 1906 zum Bezirksamt Baden-Baden. 1907 wurde Föhrenbach zum ersten Bürgermeister der Stadt Karlsruhe gewählt. Nach nahezu zehnjähriger Tätigkeit in dieser Stellung kehrte er 1908 in den Staatsdienst zurück und kam als Oberamtmann und Amtsvorstand nach Wolfach, von wo er 1916 als Vortragender Rat und Ministerialrat in das Ministerium des Innern berufen wurde. Im November 1921 erfolgte seine Ernennung zum Landeskommissar in Konstanz, Mitte Dezember 1926 wurde er als Nachfolger des zum Kultusminister ernannten Dr. Leers Ministerialdirektor im Ministerium des Innern.

Mit Ministerialdirektor Föhrenbach scheidet einer der tüchtigsten und fähigsten Beamten aus der inneren Verwaltung Baden. Er verband mit größter Pflichttreue einen unermüdbaren Arbeitsfleiß und war in jeder Hinsicht seinen Kollegen und Untergebenen ein leuchtendes Vorbild. Durch seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen erwarb er sich in allen von ihm bekleideten Stellen die höchste Wertschätzung, wie er sich auch durch seine persönlichen Eigenschaften in allen Kreisen die größte Beliebtheit erworben hat, so daß der Wunsch allgemein ist, daß dieser verdiente Beamte seine völlige Gesundheit bald wieder erlangen möge.

Württemberg und Baden

Erklärungen des württembergischen Staatspräsidenten

Zur Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden erklärte am Freitag im württembergischen Landtag Staatspräsident Dr. Holz u. a., das Staatsministerium habe keinerlei Beschlüsse gefaßt, weder in der Sache selbst, noch über irgendwelche Aktionen. Bei gelegentlicher Aussprache kam aber als grundsätzliche Meinung zum Ausdruck, daß neben den eigenen Interessen des Landes das Gesamtinteresse des Reiches den Ausschlag geben müsse. Dem möchte ich einige persönliche Bemerkungen anfügen. Unmöglich kann die Organisation des Reiches bleiben wie sie ist. Diese Erkenntnis wird immer allgemeiner. Die Umorganisation hat auch bereits ihren Anfang genommen, wenn auch zunächst nur in einem Aufgeben einzelner Staaten in Preußen. Auch darin sehe ich einen Fortschritt. Ich bin überzeugt, daß im Laufe der nächsten Jahre freiwillig noch weitere Vereinigungen stattfinden, die uns dem Ziele einer Neugestaltung näherbringen. Dieser natürlichen Entwicklung gebe ich den Vorzug vor jedem gesetzlichen Zwang. Ich bin auch der Meinung, daß wir Zeit haben, diese Entwicklung abzuwarten.

Als einen solchen begründeten Schritt zur kommenden Gestaltung des Reiches sehe ich auch eine Vereinigung von Baden und Württemberg an. Soll ein solcher Schritt gelingen, dann ist allerdings Voraussetzung, daß kleinliche, finanzielle, parteipolitische und konfessionelle Gesichtspunkte nicht die Oberhand gewinnen. Auch vor der Hoffnung möchte ich warnen, daß mit einer solchen Vereinigung unmittelbar und rasch große Vereinfachungen und Ersparnisse erzielt werden. Soll eine solche Verbindung erfolgreich sein und von der Bevölkerung verstanden und gebilligt werden, dann muß die Vereinigung zu einem allmählichen Zusammenwachsen werden unter Vermeidung einer gewaltsamen gesetzlichen Gleichmadererei. Beide Länder haben für das letzte Jahrhundert ungefähr die gleiche Geschichte und ungefähr die gleiche Bevölkerung. In beiden Ländern hat sich ein hartes Gefühl der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit entwickelt. Sollte das in einem vereinigten Baden und Württemberg nicht auch möglich sein? Ich war in der Nachkriegszeit von jeder ein Anhänger dieser Gesinnung und bin es heute noch. Ich wünsche, es möchte zu erfolgreichen Verhandlungen kommen.

Baden im Sommerfahrplan

Über die wichtigsten für Baden im Sommerfahrplan 1930, der am 15. Mai in Kraft tritt, eintretenden Zugveränderungen, erfahren wir folgendes:

Die Schnellzüge D 154/155 Offenburg—Konstanz, die im Sommer 1929 nur vom 1. Juli bis 11. September verkehrten, sind für den ganzen Sommerfahrplanabschnitt vom 15. Mai bis 4. Oktober in Aussicht genommen. Es besteht Anschluß vom D 76 von Hamburg, der in Offenburg 13.39 Uhr an-

kommt, mit D 151 ab Offenburg 13.54 Uhr, Konstanz an 17.08 Uhr. In umgekehrter Richtung D 155, Konstanz ab 12.12 Uhr, Offenburg an 15.56 Uhr, mit Anschluß an D 75 nach Hamburg, Offenburg ab 16.10 Uhr.

Als Ersatz für den früher gelegten und beschleunigten D 308 von Dortmund/Düsseldorf nach Ludwigsbafen-Mannheim nach Basel ein neuer Zug eingelegt mit folgendem Fahrplan: E 306 ab Ludwigsbafen 6.44 Uhr, ab Mannheim 7.00 Uhr, ab Karlsruhe 8.05 Uhr (hier Anschluß an D 37 nach Stuttgart—München), an Appenweier 9.28 Uhr (hier Anschluß nach Kehl und nach Bad Peterstal), ab Offenburg 9.47 Uhr (hier Anschluß vom D 157 von Konstanz), an Freiburg 10.50 Uhr (hier Anschluß nach Donaueschingen) und Ankunft in Basel 11.50 Uhr. Der Gegenzug D 305 verläßt Basel Badischer Bahnhof 19.55 Uhr, Freiburg ab 20.56 Uhr, Offenburg ab 22.00 Uhr (hier Anschluß vom D 153 von Konstanz), Appenweier ab 22.12 Uhr (hier Anschluß nach Kehl), Karlsruhe ab 23.30 Uhr und Mannheim an 0.29 Uhr (nur vom 15. Mai bis 4. Oktober).

Bei den FD-Zügen 191/91 — 92/92 Basel—Karlsruhe, Berlin und Hamburg, werden zur Bedienung des Verkehrs nach und von den nordischen Ländern während des Sommerfahrplanabschnittes Aufenthalte in Bad Nauheim vorgezogen. Zur Verbesserung der Zugverbindungen und nach dem Bodensee wird vom 15. Mai bis 4. Oktober ein Zugpaar zwischen Ilm und Friedrichshafen eingelegt. Zur Verbesserung der Schnellverbindungen zwischen Württemberg und Rheinland/Dolland wird ein neues D-Zugpaar eingelegt, von Stuttgart ab 10.45 Uhr über Bruchsal nach Heidelberg an 12.29 Uhr und Gegenzug ab Heidelberg 17.16 Uhr und Stuttgart an 19.01 Uhr. — Der im Winter ab München an D 28 bediente Verkehr nach Paris und Frankfurt a. M., Pfalz und Rheinland wird während der französischen Sommerzeit durch Aufwendung neuer Zugleistungen geteilt. — Durch Späterlegung des Zuges D 78 Altona/Hamburg—Baden-Baden wird in Altona (Hauptbahnhof) ein Anschluß an den Zug D 36 nach Kiel und D 46/D 36 von Flensburg geschaffen.

Der deutsch-französische Grenzverkehr

Auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen der französischen Kammer ist vom Aussenministerium der Gesetzentwurf über die Billigung des deutsch-französischen Abkommens vom 25. April 1929 über die Regelung des Grenzverkehrs an der deutsch-französischen Grenze mit dem Zusatzprotokoll vom 17. Mai 1929 gesetzt worden.

Der Rheinbrückenverkehr bei Germersheim

Bekannt sind die dauernden Schwierigkeiten, die Stadtverwaltung und Handelsamt bei Untragbarkeit der Schiffsbrücke in Germersheim bisher immer hatten, um bei der Reichsbahndirektion einen Verkehr über die Eisenbahnbrücke zu erwirken. Mit Vertretern des bayerischen Staatsministeriums des Innern, der Regierung, des Pfalz und Badens, der Reichsbahndirektion Ludwigsbafen, des Bezirks und der Stadt Germersheim, der Reichsvermögensstelle Germersheim und des Kreis Karlsruhe fand nun auf dem Stadthaus in Germersheim noch einer Ortsbesichtigung eine Besprechung statt, die diese Regelung brachte.

Die Reichsbahndirektion sieht den Verkehr über die Eisenbahnbrücke nur ungern, betrachtet die ganze Frage vom Standpunkt der Sicherheit ihres Betriebes aus und übernimmt weder Verantwortung noch Kosten für den Verkehr. Es wurde dafür ein Konsortium gebildet, das anteilmäßig die Kosten eines Verkehrs bei einer evtl. Schließung der Schiffsbrücke über die Eisenbahnbrücke, Kraftstoff und Kosten der Überwachung durch die Reichsbahn und die der Unterhaltung des Bodendeckes zu tragen hat. Das Reich übernimmt 5 1/2 Proz., Bayern 27 1/2 Proz., Baden 10 Proz., Kreis Pfalz 5 Proz., Kreis Karlsruhe 2 1/2 Proz. Der Verkehr versteht sich für Fußgänger, Handlarren und Tiere. Einen Verkehr mit Wagen, der in früherer Zeit bestanden hat, lehnt die Reichsbahndirektion auch jetzt noch entschieden ab.

Aus den Parteien

In einer in Offenburg abgehaltenen Versammlung sprach Landtagsabgeordneter Florer Teusch über Grundfähliches vom Evangelischen Volksdienst und von der Landtagsarbeit. Von besonderem Interesse waren seine Ausführungen über die Stellung des Evangelischen Volksdienstes zum Zentrum. Er sagte dazu: „Erstens und vor allem ist eine evangelische Front. Mit den Katholiken können wir eine christliche Front bilden gegen den Anmarsch der antichristlichen Bewegung. Je mehr das Antichristentum wächst, desto mehr werden wir Schulten an Schulten stehen mit den aufrichtigen Katholiken. Vielleicht wird es später einmal so kommen, daß es nicht mehr heißt: hier Rom — die Wittenberg, sondern hier Christus. Jetzt aber sind wir in erster Linie evangelische Front. Das wird auch das Zentrum verstehen. Positive Mitarbeit — nicht Opposition — sei die Lösung.“

Tagungen

Die Verkehrsgemeinschaft „Schwarzwaldbahn-Bodensee-Ab-infall C. S. Bis Triberg“, die das große Wirtschafts- und Fremdenverkehrsgebiet vom Rhein bis Offenburg längs der Schwarzwaldbahn bis zum Bodensee und Rheinfalld und wesentliche Teile der Nord- und Nordostschweiz von Schaffhausen bis St. Gallen umfaßt, und neben Städten und Gemeinden sowie Körperschaften in Baden, Württemberg und der Schweiz auch schweizerische Transportanstalten zusammenschließt, hält am 15. März ihre ordentliche Mitgliederversammlung in Offenburg (Bahnhofhotel) ab.

Kaffee
schmackhafter
aromatischer
wird jeder durch „Franck“

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. In Verbindung mit dem entlang der deutschen Küste weitergezogenen Keilfries kam es gestern nachmittag bei uns noch frühzeitig zu leichten Regenfällen. Unter dem Einfluß eines von Westen nachrückenden Zwischenhochs herrscht jedoch heute wieder trockenes Wetter. Zeitweilig hat es bereits aufgehellt. Eine Wiederherstellung der früheren Hochdruckwetterlage, die uns die bisherige Trockenperiode gebracht hatte, wird jedoch kaum zu erwarten sein, da wir die Zufuhr maritimer Luft durch westliche Winde in nächster Zeit behalten werden. Weiteraus: Zeitweise heiter, vorübergehend trocken, tagsüber mild. Frühnebel in Niederungen.

Schiedspruch in der badischen Textilindustrie

Die am 6. d. M. in Freiburg stattgefundenen Verhandlungen über den Lohnsatz der badischen Textilindustrie vor dem stellvertretenden Schlichter für Südwestdeutschland führten in später Abendstunde zu einem Schiedspruch, durch den der bisher bestandene Lohnsatz wieder in Kraft gesetzt wird. Der von Arbeitgeberseite gestellte Antrag auf Abban des Lohnsatzes ist abgelehnt worden.

Aus der Landeshauptstadt

Anlauf von Kunstgegenständen. In Fortsetzung seiner Bestrebungen, der freischaffenden Künstlerfakultät, die unter den heutigen Verhältnissen besonders schwer leidet, in Rahmen der leider nur knapp bemessenen, verfügbaren Mittel zu helfen, genehmigte der Stadtrat Karlsruhe, den Anlauf einiger Werke aus der zur Zeit im Badischen Kunstverein gezeigten Ausstellung der Arbeiten zu dem Preisauschreiben des badischen Staates um die besten Selbstbildnisse badischer Künstler.

Verkehrstatistik der Karlsruher Polizei. Im Monat Februar mußte die Polizei gegen insgesamt 1529 Führer von Fahrzeugen und Fußgänger wegen Verkehrsverstößen manderlei Art einschreiten. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich in Karlsruhe und Durlach 72 Verkehrsunfälle, bei denen es 6 Schwere- und 30 Leichtverletzte, 13 schwer- und 63 leichtbeschädigte Fahrzeuge gab. Die Zahl der Unfälle ist natürlich weit größer, da hier nur diejenigen statistisch erfasst sind, bei denen die Polizei in Anspruch genommen wurde.

Moraller und Wagner legen Berufung ein. Wie es heißt, haben Schriftleiter Moraller und Landtagsabgeordneter Wagner gegen das Urteil im Prozeß wegen der Vorgänge im „Darmstädter Hof“ Berufung eingelegt. Moraller wandte sich gegen die Strafhöhe, Wagner gegen die Beurteilung überhaupt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	8. März		7. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.94	168.28	167.82	168.16
Kopenhagen 100 Kr.	112.05	112.12	112.04	112.24
Italien . . . 100 L.	21.94	21.98	21.90	21.96
London . . . 1 Pfd.	20.36	20.40	20.335	20.39
New York . . 1 D.	4.1890	4.1970	4.1870	4.1950
Paris . . . 100 Fr.	16.33	16.43	16.375	16.415
Schweiz . . . 100 Fr.	61.02	61.18	60.93	61.09
Wien 100 Schilling	59.98	59.10	59.94	59.06
Prag . . . 100 Kr.	12.415	12.43	12.405	12.425

Ermäßigung der Sollzinsen der Stempelvereinigung. Die Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigung) hat aus Anlaß der Ermäßigung des Reichsbankdiskontsatzes von 6 Proz. auf 5 1/2 Proz. beschlossen, die Sollzinsen mit Wirkung vom 8. März auf 7 Proz. auf 6 1/2 Proz. herabzusetzen. Die Habenzinsen von 3 Proz. für täglich fällige Gelder in provisorischer Rechnung und von 3 1/2 Proz. in provisorischer Rechnung werden vorläufig beibehalten, weil man die weitere Entwicklung abwarten soll. — Der Diskontsatz der Goldbank ist unverändert auf 5 1/2 Proz. belassen worden.

Karlsruher Hafenverkehr im Februar

Der Wasserstand des Rheins hat sich im Februar 1930 gegenüber dem Stand des Januar 1930 verschlechtert. Der Pegel zu Caub stand am Anfang des Monats auf 142 Zentimeter, ist unter Schwankungen bis zum 9. auf 158 Zentimeter gestiegen und hierauf gleichfalls unter Schwankungen bis Ende des Monats bis auf 100 Zentimeter zurückgegangen. Dieser verhältnismäßig schlechte Wasserstand bedingte, daß bei der Großschifffahrt auf dem Oberrhein im ganzen Monat Leichterungen vorgenommen werden mußten. Zur Einstellung der Schifffahrt mit Karlsruhe ist es aber dennoch nicht gekommen, wenn sich auch der schlechte Wasserstand und die ungünstige Lage der deutschen Volkswirtschaft durch einen schwächeren Verkehr bemerkbar machten.

Im Februar 1930 sind im Karlsruher Rheinhafen 44 Güterboote und 254 Rähne angekommen und 44 Güterboote und 270 Rähne abgegangen. Der Gesamtverkehr war rund 100 000 Tonnen schwächer als der Gesamtverkehr vom Januar 1930, dagegen über 150 000 Tonnen größer als der Gesamtverkehr des Monats Februar 1929, in dem die Rheinischschifffahrt wegen der großen Kälte stilllag. Infolge der günstigen Witterung in den ersten Monaten des Jahres 1930 im Vergleich zu den ersten Monaten des Jahres 1929 war der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinhafens 1930 rund 290 000 Tonnen größer als im Jahre 1929. Der Verkehrsrückgang im Monat Februar 1930 gegenüber dem Januar 1930 ist vor allem auf eine verminderte Zufuhr von Brennstoffen zurückzuführen, was teils auf die milde Witterung und teils darauf zurückzuführen ist, daß die oberrheinischen Brennstofflager sehr stark belegt sind. Im Februar 1930 wurde für den Karlsruher Hafenverkehr ein neues Dieselmotorschleppboot mit Feuerlöschvorrichtung in Dienst gestellt, das zu einer wesentlichen Beschleunigung des Hafenschleppdienstes beitragen wird.

Arbeiterentlassungen bei Benz. In den Mannheimer Werken von Daimler-Benz kommen 100 Arbeiter zur Entlassung, 80—100 weitere Arbeiter sollen noch zur Entlassung kommen.

Bischoff & Henkel AG, Mannheim. Diese elektrotechnische Fabrik berichtet über einen Reingewinn von 41 621,88 RM. Es werden beantragt: 10 Proz. Dividende = 22 000 RM, Zantienne an Aufsichtsrat = 5000 RM, Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage = 11 000 RM, Gewinnvortrag = 3621,88 RM. — Generalversammlung am 28. März.

Die Zukunft der Privatnotenbanken. In der Hauptversammlung der Bayerischen Notenbank in München machte Präsident Staatsrat Dr. von Hoff Ausführungen über die Zukunft der Privatnotenbanken. Er hob hervor, daß die Young-Gesetze das Privatnotenbank-Gesetz unberührt gelassen haben. Man dürfe dies als ein günstiges Zeichen für den Zeitpunkt ansehen, zu dem man in einigen Jahren der Reichsregierung das Recht zustehen werde, mit Zustimmung des Reichsrats die Befugnis der noch bestehenden vier Privatnotenbanken zur Notenausgabe einzuschränken oder vollständig aufzuheben. Es bestehe die Zuversicht, daß an dem Bestand jener Privatnotenbanken, die bestehen bleiben wollten, von reichswegen nicht gerüttelt werde. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß an maßgebenden Stellen in Berlin die Erkenntnis wachse, daß ein Weiterbestehen der Privatnotenbanken keinerlei ernste Interessen des Reiches oder der Währungsstabilität hindernd im Wege stehe. Andererseits würden wichtige wirtschaftliche Interessen der beteiligten Länder den Fortbestand des Notenausgaberechts der Privatnotenbanken erfordern. Das sei besonders in Bayern der Fall.

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H., Kohlen, Koks, Brikett, Holz, Karlsruhe Kaiserstraße 231 Fernruf 4854-56

Deutsch-holländisches Kohlenabkommen. In Verhandlungen, die seit einiger Zeit zwischen Holland und Deutschland geführt werden, ist es jetzt zu einer Neuverhandlung des holländischen Einfuhrkontingents an Kohlen gekommen. Die Abmachungen sehen eine Erhöhung des bisherigen Kontingents von 80 000 Tonnen monatlich auf 100 000 Tonnen monatlich vor. Ursprünglich hatten die Holländer eine Verdoppelung der bisherigen Mengen, d. h. das Recht auf Einfuhr von 160 000 Tonnen je Monat, gefordert. Die deutsche Kohlenausfuhr nach den Niederlanden übersteigt die Einfuhr aus Holland um ein vielfaches.

Zu dem Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte in Berlin wird gemeldet, daß die Voruntersuchung gegen 8 Personen eröffnet wurde. Die Vorstandsmitglieder Alois Weber, Joseph Weber und Dr. Rudolph Meyer werden angeklagt, absichtlich zum Nachteil der Genossenschaft gehandelt und den Vermögensstand der Genossenschaft wesentlich unwahr dargestellt. Der Geschäftsführer Höpfer, ihnen hierzu Beihilfe geleistet zu haben. Den Angeklagten Kiebler, Treumann und v. Buchwald wird der Betrug zum Nachteil der Bank für deutsche Beamte vorgeworfen, der Kunstmalers Kande soll ihnen zu diesem Vorgehen wesentlich Hilfe geleistet haben.

Schweizer Holding-Gesellschaft der Polyphonwerke AG. Zur Zusammenfassung ihrer verschiedenen ausländischen Fabrikations- und Vertriebsinteressen und in Verbindung mit dem beabsichtigten weiteren Ausbau dieser Gebiete hat die Gesellschaft eine Holding-Gesellschaft unter dem Namen „Polyphon-Holding AG.“ mit dem Sitz in Basel und einem Kapital von 8,5 Mill. Schweizer Franken errichtet. Das Aktienkapital besteht aus 4,5 Mill. Schweizer Franken und 4 Mill. Schweiz. Franken Aktien Lit. B, die zunächst mit 25 % einbezahlt werden. Den ersten Aufsichtsrat bilden: Siegfried Goldschmidt, Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt, Basel, als Präsident, Dr. Peter Schmid, Rechtsanwalt und Notar, Basel, Bruno Borchardt Generaldirektor der Polyphonwerke AG., Berlin.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Bahnhofsgebäude der Dreieisenbahn

Die Bahnhofsgebäude an den einzelnen Stationen der Dreieisenbahn erweisen sich durchweg als ungenügend. Bei ihrer Erstellung mußte man Rücksicht nehmen auf die nur in beschränktem Maße zur Verfügung stehenden Geldmittel, andererseits wogte man auch an zukünftiger Stelle nicht, mit einer derartigen Vergrößerung zu rechnen, wie sie erfreulicherweise trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse alsbald nach Eröffnung der Teilstrecke zu bezeichnen war. In den letzten Jahren mußten denn auch einzelne Erweiterungs- und Neubauten an den Bahnhöfen Aha und Schluchsee vorgenommen werden. In diesem Jahre rechnet man mit dem vollständigen Ausbau des Bahnhofs Seebrunn, der besonders infolge der außerordentlich großen Anfuhr der Baumaterialien und Maschinen für das Schluchseewerk den Anforderungen nicht mehr genügt.

W. Neilingen (Schweigen), 7. März. Die Zigarrenfabrik der Firma Fejuba hat sich wegen ungenügender Konjunktur genötigt gesehen, die Zigarrenfabrikation einzustellen. 50 Arbeiter werden davon betroffen.

*** Forzheim, 7. März.** Die Fledviehzuchtgenossenschaft Forzheim e. V., hielt in Tiefenbronn ihre diesjährige Generalversammlung ab. Sie besteht in 6 Ortsvereinen aus 126 Mitgliedern. Im Laufe des Jahres waren in das Zuchtbuch eingetragen 26 Färren und 232 Kühe und Kalbinnen. Die neue Verkaufsermittlung bietet die Möglichkeit, Zuchtvieh, unter Ausschluß des veräußernden Zwischenhandels, zu kaufen und zu verkaufen. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, auf dem in Aussicht genommenen Gelände in Tiefenbronn eine Jungviehweide zu errichten.

Bad. Freiburg, 7. März. Kunstmalers Eduard Strift feierte am 7. März seinen 60. Geburtstag.

Gemeinderundschau

Ausbildung von Dolmetschern. Zur Unterbringung des Institutes zur sprach- und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung von Dolmetschern an der Handelshochschule Mannheim und der sonstigen sprachlichen Vorlesungen und Seminaren der Handelshochschule beschloß der Stadtrat, die Reif-Billa in E 7 zur Verfügung zu stellen.

Über den Fortbestand des Heidelberger Stadttheaters ist noch kein endgültiger Beschluß gefaßt. Mittel zum Fortführung des Theaterbetriebs sind in den festgestellten Etatposten des städtischen Voranschlags nicht enthalten; über die Frage der Fortführung oder Schließung des Theaters soll in der nächsten Sitzung des Stadtrats Beschluß gefaßt werden.

Der Gemeinderat Eberbach nahm zur Kenntnis, daß die Verlegung des Stadtmarkts auf den zweiten Samstag im Monat September vom Ministerium des Innern genehmigt wurde. Eine Neufassung der ortspolizeilichen Vorschriften über die Märkte soll vorgenommen werden.

Der Stand der Sparanlagen bei der Sparkasse Freiburg betrug am 1. März rund 26,6 Mill. Reichsmark. Im Februar wurden einbezahlt 1,3 Mill. Reichsmark und zurückgehoben 935 000 M., so daß sich eine Vermehrung von 441 000 M. ergab. Im gleichen Zeitraum wurden 860 neue Sparbücher ausgestellt.

Der Bürgerausschuß Schopfheim stimmte in namentlicher Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen der Vorlage des Gemeinderats über die Errichtung von 20 sogenannten Einflurwohnungen zu. Von der Bauumme von 68 572 M. will der Wohnungsvorstand 40 000 M. aufbringen, der Rest der Summe ist als städtisches Darlehen aufzunehmen. Die Mieten für diese Einflurwohnungen soll 20, höchstens 22 M. betragen. Die Gemeinde rechnet damit, daß die Dauer dieser Häuser 30 Jahre betrage. Für die Wohnungen mit vier und mehr Zimmern wurde die Zwangsvermietung aufgehoben. Schließlich stimmte der Bürgerausschuß noch der Gründung einer G. m. b. H. für die Dinkelberger Autobahnlinie zu.

Vorsorge treffen

für das eigene Alter und für die Hinterbliebenen bei vorzeitigem Tode müssen Sie unbedingt bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie erreichen dieses Ziel zweckmäßig durch eine abgekürzte Todesfallversicherung mit oder ohne erhöhte Leistung bei Unfalltod.

Die Leipziger Lebensversicherung bedeutet vollkommenen Versicherungsschutz, gegründet auf hundertjährige Erfahrung, hundertjährige Erfolge und hundertjähriges Vertrauen. Verlangen Sie Aufklärungsmaterial unter Angabe Ihrer besonderen Wünsche von unsrer Vertretung.

Ludwig Homburger, Karlsruhe
Sirtel 20 • Telefon 1836

Leipziger Lebensversicherung Leipzig
Markt 5/6

„Kühler Krug“ Sonntag, den 9. März 1930, nachmitt. 5 Uhr, im Festsaal

Starkbier-Fest

Feuerwehrkapelle Karlsruhe Erste hiesige und ausw. Blütenredner
Eintritt 50 Rpf. inkl. Steuer und Liederbuch
Auschenk von Sinner-Ratsherrn-Bräu

D. 253. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Maurermeisters Alois Brückel und dessen Ehefrau Helene geb. Scheidel in Bruchsal wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen u. zur Beschlußfassung über den von den Gemeinschuldern eingereichten Zwangsvergleichsvorschlag sowie zur Feststellung der Stimmrechte freitags gebliedener Forderungen bestimmt auf Donnerstag, den 27. März 1930, vormittags 9 Uhr.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärungen des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.

Bruchsal, 23. 2. 1930.
Bad. Amtsgericht II.

D. 260. Bruchsal. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Benz & Bärenlau in Bruchsal wurde eingestellt, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist.

Bruchsal, 7. 3. 1930.
Bad. Amtsgericht II.

D. 255. Fahr. Güterrechtsregister Fahr. III Seite 67: Florian Weidling, Kaufmann in Fahr, und dessen Ehefrau Lina geb. Rappenecker.

Gütertrennung auf Grund der §§ 1419, 1426 BGB. Fahr, 25. 2. 1930.
Amtsgericht Fahr.

Offenburg. Güterrechtsregister in- und aus- wärtig, Nr. 389: Friedrich Schneider, Friseur in Offenburg, und Maria geb.

horone Huber. Vertrag vom 21. Januar 1930. Gütertrennung gemäß § 1426 ff. BGB.

Offenburg, 6. 3. 1930.
Bad. Amtsgericht II.

Freihändler Langmühlholzerkauf

des Bad. Forstamts Guchenfeld in Forzheim: 2485 im Tannen u. 323 im Forsten aus Staatswaldbeständen I. und II. Kl. Angebote in ganzen Prozenten der L.G.V. bis längstens Mittwoch, den 12. 3. 1930, nachmittags 4 Uhr, erbeten. Auskunft u. Losverzeichnisse durch das Forstamt (Geschäftszimmer: Forststraße 1. Fernsprecher 2151). D. 258

Vertreter gesucht

für Darlehn, Hypothek, Finanzbureau Spandau, Moritzstr. 5

Neuheiten für Frühjahr

Herrenanzugstoffe

R. 218 empfiehlt in großer Auswahl
Wilh. Braunagel, Herrenstraße 7
Dem Ratenkauf der Bad. Beamtenbank angeschlossen.

Die Grundstücksverlegung im Gewann „Hofacker“ der Gemarkung Säckingen.

Vollzugsvereinerklärung.

Die vom Gemeinderat Säckingen beantragte Neuverteilung der auf der Gemarkung Säckingen gelegenen Grundstücke Gg. Nr. 1331, 1332, 1335, 1349a, 1350, 1350a, 1350b, 1336, 1337, 1338, 1345, 1348, 1340, 1341, 1321, 1322, 1323a, 1340, 1318a, 1319a, 1314a, 1315a, 1316a, 1317a, 1324a, 1329, 1329, 1329, 1345, 312, 312a, 1325, 1347, 1328, 1342, 1343, 1344, 1330, 1339, 1326, 1346, 1329, 1329, wird hiermit nach Maßgabe des darüber entworfenen, vom Gemeinderat Genehmigten und mit entsprechendem diesseitigem Vermerk versehenen Planes vom 6. Februar 1929 auf Grund des § 19 des Ortsstatutengesetzes für vollzugsreif erklärt.

Als Zeitpunkt für den Übergang des Eigentums und der Rechte dritter Personen wird der 1. Mai 1930 bestimmt.

Karlsruhe, den 3. März 1930.

Der Minister des Innern.

Invalidenversicherung!

Die Beitragskontrolle wird zur Zeit in Karlsruhe durchgeführt. Die Quittungsarten müssen stets ordnungsgemäß gefüllt sein, damit sie bei der Kontrolle jederzeit vorgezeigt werden können. Verspätete und zu niedere Beitragserrichtung muß zur Strafanzahlung gebracht werden.

Kontrollamt Karlsruhe I d. Landesversicherungsanstalt Baden. Sprechstunde nur Montags vorm. von 8-12 Uhr. Fernruf 947.

7. Geldlotterie zur Wiederherstellung des Heiligkreuzmünsters in Schw. Gmünd

Bei der am 14. Februar 1930 stattgehabten Ziehung wurden von den in Baden genehmigten Lose folgende Nummern mit den dabei bemerkten Gewinnen gezogen: 6088 (3) 5087 (3) 1090 (20) 5365 (20) 5875 (5) 5420 (3) 6551 (5) 5886 (3) 24006 (3) 24021 (3) 24055 (3) 24132 (20) 24195 (20) 24243 (3) 24311 (3) 24382 (3) 24541 (3) 24421 (20) 24680 (3) 24684 (10) 24701 (3) 24726 (50) 24794 (3) 24995 (10) 24999 (3) 25017 (3) 25217 (3) 25310 (3) 25473 (3) 25645 (3) 25698 (3) 25817 (3) 42844 (3) 42821 (3) 42863 (3) 42869 (20) 42751 (10) 42863 (3) 42887 (3) 51300 (3) 51287 (3) 51985 (3) 51599 (3) 51847 (10) 51878 (20) 51929 (3).

— Schicksale Nummern mit nachstehenden Gewinnen gewonnen je 2 Mark: 300 108 113 146 150 156 212 226 226 302 302 341 387 390 402 413 425 513 531 556 561 684 690 691 690 715 727 741 748 817 831 920 923 940 955. Die Auszahlung erfolgt durch Eberhard Fejer, Karlsruhe i. B., Kreuzstraße 28.



Badisches Landestheater

Montag, den 10. März 1930

7. Sinfoniekonzert

Dirigent: Iffay Dobrowen a. G.
Feuertogel-Suite
V. Sinfonie E-Moll
Strawinskij
Tschaikowsky
Anfang 20 Uhr
Ende 22 Uhr
I. Rang und I. Sperrst. 5 Mk

Druck G. Braun, Karlsruhe

Zwangsversteigerung.

II. B. Z. 4/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat II Karlsruhe am Montag, den 28. April 1930, nachmittags 3 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstr. Nr. 184, 2. Stod., Zimmer Nr. 14, das Grundstück des Kaufmanns Ludwig Feldmann in Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 27. Januar 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisung über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 27. Januar 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden u. bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Ertösungsverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einweisen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschreibung:

Grundbuch von Karlsruhe Bd. 2 S. 19: Gg. Nr. 39: 4 a 23 qm Hofreite — Waldhornstraße 24 —

Auf der Hofreite steht: a) ein zweistöckiges Wohnhaus mit Balkeneller und Wohnanbau links, b) ein zweistöckiger Wohnanbau rechts mit gewölbtem Keller, c) eine einstöckige Waschküche mit Zimmer links, d) ein einstöckiger Holzstall, e) eine einstöckige Werkstätte an a und c angebaut.

Schätzungswert mit Zubehör: 40 120 M., ohne Zubehör: 40 000 M.

Karlsruhe, 5. 3. 1930.

Bad. Notariat II — als Vollstreckungsgericht —

Wasserleitungsarbeiten.

Wir vergeben namens der Gemeinde Wilhelmshafen, Amt Heidelberg, öffentlich die Arbeiten und Lieferungen zur Ausführung ihrer Wasserleitungsanlage, bestehend in: 1400 lfd. m Gußrohrleitungen von 80 bis 125 mm Durchmesser, 250 lfd. m Hauszuleitungen v. 40 mm Durchmesser einschl. Erdarbeiten und Liefern der Ausstattungsstücke. Angebote, wofür die Vorzüge ab Montag, den 10. März 1930 vom Kulturbauamt Heidelberg, solange Vorrat reicht,

gegen eine Gebühr von 1,50 M. zu beziehen sind, wollen verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum Öffnungstermin, Freitag, den 21. März 1930, vormittags 9 Uhr, auf dem Rathaus Wilhelmshafen eingereicht werden. Pläne und Bedingungen liegen auf beim Badischen Kulturbauamt Heidelberg. D. 259



Badisches Landestheater

Sonntag, 9. März 1930
* C 17. Th.-Gem. 701-800 und 901-949

Die Meisterfänger von Nürnberg

Von Richard Wagner
Dirigent: Kraps
Regie: Dr. Baag

Mitwirkende: Grünwaldt-Seyfert, Seiberlich, Frey, J. Gröbinger, Gospach, Kalmbach, Kiefer, Kaufkötter, Köfer, Derner, Schöpflin, Schuster, Th. Straub, Meyer, Schäfer, Burtm.

Anfang 17
Preise D (1-8 Mk)

Di, 11. März: Kolonne Hund.

Im Stadt. Konzerthaus

* Sonntag, 9. März 1930

Kater Lampe

Komödie in 4 Akten von Emil Mosonow
Regie: Herz

Mitwirkende: Frauendorfer, Genier, Quajfer, Mademacher, Schreiner, Ziegler, Gebeisen, Brand, Gemmede, Graf, Göder, Meßner, Müller, Brüder, Schulze, v. d. Trend, S. Kienfischer.

Anfang 19½
I. Parfett 4,10 Mk.

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr

Wilhelm Millowitsch

Man lacht Tränen!